

Solidarität

unsere Chance

Nummer 144

September 2019

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: <http://prosv.akis.at> * www.prodemokratie.com



Republik im Reißwolf

Auf dem Weg in den autoritären Staat?

Mehr dazu auf den folgenden Seiten ...

„Novomatic zahlt alle ...“

... hat Strache im Ibiza-Video gesagt und diese Aussage dann, als das Video an die Öffentlichkeit gelangte, als „Prahlerei“, „Blödsinn“ und wie auch alles Andere im Video als „b'soffene G'schicht“ hingestellt.

Damit hat er versucht, nicht nur sich, sondern vor allem Novomatic, aus der Schusslinie der Kritik zu nehmen. Strache hätte ja auspacken und damit die Politik Konkurrenz kräftig ins Schwitzen bringen können. Aber wenn es um das große Glück(spiel) geht, dann muss auch ein sonst großspuriger Strache zurückstecken.

Das große Glück(spiel) versteht da keinen Spaß, da steht zu viel großes Geld auf dem Spiel.

Novomatic (schon früher einmal wegen „Gesetzeskaufes“ – Glücksspiel-liberalisierung unter Ex-ÖVP-FPÖ-Finanzminister Grasser unter Verdacht) hat auf die Ibiza-Veröffentlichung nach dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“ reagiert. Praktisch in allen Medien wurden um hunderttausende Euro Inserate geschaltet: „Novomatic zahlt alle ... Mitarbeiter und Lieferanten“. Tja, da schließt sich der Kreis. Denn auch viele Politiker standen und stehen vor

oder nach ihrer Politkarriere auf der Gehaltsliste. Ganz legal. Ein Schelm der denkt, dass die Politik dann gefügig wäre. Politiker sind ja bekanntlich nur ihrem Gewissen verpflichtet und daher sicherlich Novomatic gegenüber völlig einflussbefreit.

Reiner Zufall, dass ein Novellen-Entwurf zum Glücksspielgesetz (gegen Glücksspiel im Internet; die einzige Online-Lizenz hat die Cesag) im Finanzministerium von Löger/Fuchs (ÖVP/FPÖ) der türkis-blauen Koalition spurlos verschwunden ist.

Novomatic ist ein weltweit aufgestellter Glücksspielkonzern mit Sitz in Österreich, mit rund 3 Milliarden Euro Umsatz, der auch an der teilstaatlichen Casino Austria AG (Casag) mit 17,1% beteiligt ist. In der Casag, an der die Republik Österreich 33,24 % hält, wurde Anfang 2019 die frühere türkise Kurz-Stellvertreterin, Bettina Glatz-Kremsner, als Generaldirektorin, und der jetzt wegen seiner sehr eigenartigen Bestellung bekannt gewordene FPÖ-Bezirksrat Peter Sidlo als Vorstandsmitglied in die Casag gehievt. Ein türkis-blaues „Führungs“-Duo, spiegelbildlich zur Regierung.

Damit einher ging eine Debatte über Postenschacher und Korruption. Weil der Anlass die FP-Sidlo-Postenbesetzung in der Casag war, fanden die „Leitmedien“ (Kurier, Presse) schnell eine Lösung: Privatisierung! Also ob es in privaten Konzernen keine Packerlei (siehe z.B. Vorstands- und Aufsichtsratsbestellungen) gäbe. Ganz im Gegenteil, aber verborgen vor der Öffentlichkeit. So hätten sie es gerne: ganz unter sich zu sein. Und zum Anlassfall Casag: Privatisierung? Die Casag ist ja schon mehrheitlich privat. Aber Novomatic und ihr tschechischer Konkurrent, die Sazka-Gruppe mit 38,29% Cesag-Anteil, würden sich über die Milliarden die Hände reiben. Darum geht es!

Steuergeld-Millionen für die KTM-„Motohall“

Stefan Pierer in Mattighofen, OÖ, KTM-Besitzer, hat im Nationalratswahlkampf 2017 der ÖVP/Kurz 436.000 Euro als Spende überwiesen.

In der Vorwahlzeit 2017 hatte er sich wie andere Großindustrielle u.a. für Änderungen zugunsten der Unternehmer stark gemacht. Die türkis-blaue Regierung beschloss dann u.a. den 12. Stundentag, die 60-Stundenwoche usw. und auch die Senkung des Unternehmerbeitrages der AUVA-Unfallversicherung von 1,3% auf 0,8%. Die Senkung erfolgt schrittweise auf 5 Jahre um jährlich 0,1%. Allein durch diese Kürzung der Unternehmerbeiträge spart sich KTM mit 4.000 Mitarbeitern in Österreich in der Endausführung in weniger als fünf Jahren mehr als seine gesamte Wahlkampfspende – auf dem Rücken der AUVA, d.h. zu Lasten der Masse Arbeitenden.

KTM machte im Jahr 2018 **1,56 Milliarden Euro Umsatz und etwa 117 Millionen Euro Jahresgewinn.**

Der Konzern hat nun in den letzten drei Jahren in Mattighofen die „Motohall“ bauen lassen, eine Verkaufshalle für seine Motorräder und Mopeds mit Shop und Vortragsräumen plus Tiefgarage usw., Kosten ca. 30 Mio. Euro. Die Investition ist als Marketinginstrument steuerlich in vollen Umfang absetzbar!

Das ist aber noch nicht alles!

Nun wurde bekannt, dass der KTM für die „Motohall“ vom Land OÖ und der Gemeinde Mattighofen von 2016 bis 2022 insgesamt über 6 Mio. Euro öffentliche Fördergelder aus dem Kulturbudget (!) erhält bzw. schon teilweise erhalten hat (seit 2016 bis jetzt pro Jahr aus einem Topf 320.000 Euro jährlich)

Darüber hinaus erhielt KTM von der Gemeinde Mattighofen ein 5.400 m² großes Grundstück in bester Lage zum Preis von 1.- Euro im Jahr, auf 66 Jahre. Baugründe kosten dort ca. 200.- bis 300.- Euro/m², d.h. ein Geschenk von mindestens einer Mio. Euro.

Die neuerrichtete „Motohall“, 3.000 m² groß, ist ein großer Showroom, eine Werbeschau für die KTM-Marke. Im Übrigen bekommt Pierer die Förderung für die „Motohall“ als „Museum“, steht der Öffentlichkeit allerdings nicht zur Verfügung – obwohl sie mit öffentlichen

Fördergeldern finanziert ist. KTM gibt selbst an, die Ausstellungshalle vor allem „für interne Zwecke“ zu verwenden.

KTM-Chef Pierer selbst spricht nicht von einem Museum, sondern beschreibt die „Motohall“ als Marketinginstrument, als Stärkung der Marke, als Schulungszentrum und als Schau der eigenen Firmengeschichte.

In Oberösterreich regiert Schwarz-Blau seit 2015. In vielen Kunst- und Kulturbereichen wurden z.B. 2017 bis zu 30% der Förderungen gekürzt. Die Kulturplattform OÖ (KUPF) beklagt die Vergabepolitik der Kulturförderungen des Landes OÖ. Laut KUPF fehlt aufgrund der Inflation und schrittweiser Kürzungen (um ca. 18%) derzeit eine Summe von 5,2 Mio. Euro im Förderbudget. Gleichzeitig freut sich KTM über sogenannte „Kulturförderungen“ von über 6 Mio. Euro für seine Produkte. KTM würde mehr „Kultur-förderung“ bekommen als alle KünstlerInnen und Kulturvereine OÖ zusammen.

Die Politik dient dem „Großen Geld“, sie sorgt dafür, dass die Reichen, die Konzernherren, die Investoren immer noch reicher und diejenigen, die wenig haben, noch ärmer werden. **Das muss ein Ende haben.**

Fürchten wir Kurz, Hofer, Neos & Co.



- In der Schredder-Affäre wäscht die Übergangs-Kanzlerin Brigitte Bierlein Sebastian Kurz rein.
- Gegen H. C. Strache werden Korruptionsermittlungen wegen der Ibiza-Affäre eingestellt.
- Rechtsanwalts-Präsident Rupert Wolf ist für die Einstellung des BUWOG-Verfahrens gegen Ex-Finanzminister Grasser (zuerst FPÖ, dann ÖVP). Dieses Verfahren wird wegen möglicher Untreue, illegaler Absprachen und Provisionszahlungen in Zusammenhang mit der Privatisierung von 60.000 Bundeswohnungen der „Bauen und Wohnen GmbH“ (BOWOG) geführt.
- Die ÖVP verschleierte Großspender, überschritt 2017 enorm die gesetzliche Wahlkampfkosten-Obergrenze um fast das Doppelte (13 Mio. statt 7 Mio. €) und will laut „Falter“ mit Tricks auch jetzt wieder die Obergrenze überschreiten.
- Durch eine berichtete Cyberattacke auf die ÖVP-Zentrale wird über erhobene Vorwürfe einer „doppelten Buchhaltung“ nicht mehr gesprochen.
- Die FPÖ hat 2017 für den Wahlkampf 10,7 Mio. € ausgegeben, um 3,7 Mio. mehr als erlaubt.
- ÖVP und FPÖ nehmen die Strafzahlungen wegen der Überschreitung der Wahlkampfkosten-Obergrenze mit Achselzucken hin – bezahlen sowieso wieder die Steuerzahler*-innen über die Parteienförderung.
- Dass auch Liste JETZT und FPÖ Kurz das Misstrauen ausgesprochen haben, wird unter den Tisch gekehrt. Warum? Weil damit verschleiert wird, dass die Mehrheit der Parlamentarier Kurz abgewählt hat, Kurz also kein „Opfer“ der SPÖ ist. Nur die NEOS hielten zu Kurz.
- Der Zweck der Verschleierung: Er, Kurz, wird von allen angefeindet, mit keinem kann man regieren. Deshalb wollte Kurz eine ÖVP-Allein-Übergangsregierung, die Bundespräsident Van der Bellen prompt angelobte. (Also hat Kurz doch noch einen hochrangigen Verbündeten außer den NEOS und seine Großspender). Dann schlug Kurz auch schon für nach den Wahlen eine von ihm „geführte“ türkische „Minderheitsregierung“ vor. Also wieder das Spiel: „Sebastian allein zu Hause“ gegen alle anderen.
- Das sind autoritäre Allmachtsphantasien. Geteilt werden diese „Führer“-Ansprüche von seinen Großspendern und allen „Christiane Hörbigers“ dieser Republik. Denn wozu sonst zahlen die Großspender? Wohl kaum wegen des „schönen Gesichts“. Wer solches zahlt und tut, hat mit der Republik nichts Gutes im Sinn.
- Dass Kurz mit der rechtsextremen FPÖ mit ihren Identitären-Verbindungen koalitiert – das ist nicht republikgefährdend?!
- Dass die rechtsextreme FPÖ nach „Ibiza“ sich wieder der ÖVP andienert - das ist auch nicht republikgefährdend?!
- Der Übergangs-Innenminister, Wolfgang Peschorn, teilte mit, dass in seinem Ministerium Beamte mit Kontakten zu den rechts-extremen Identitären sitzen, deren Aufnahme in den Staatsdienst aber rechtskonform sei (ORF, 2.9.2019). Das ist nicht republikgefährdend?!
- und so weiter und so fort ...

Ja, wo leben wir, wo soll das noch hinführen?

Es passieren Dinge in diesem Land Österreich, die bislang unvorstellbar waren. Offiziell sagt Kurz nichts. Blümel gibt den Anti-FPÖler. So sollen FP-Wähler zur ÖVP geholt werden, damit diese stärker wird. Die SPÖ wird von Kurz als undemokratisch und somit unwählbar (via Hörbiger-Video) hingestellt, sodass dann eine stärkere ÖVP als zuletzt mit einer schwächeren FPÖ gegen SPÖ, Gewerkschaften, AK und v.a. gegen die arbeitenden Menschen und für die Großindustrie schalten und walten kann wie sie will.

Kurz ist gern gesehener Gast bei Industriellen, Militärs und Medienkonzernen und wird von diesen gefördert, weil er ihre Interessen mit seiner Politik umsetzt. Obwohl kein Kanzler mehr, traf er die noch nicht gewählte EU-Kommissionspräsidentin Von der Leyen. Er rührte für sie die Werbetrommel und gab danach Österreichs Kanzlerin Bierlein diesbezüglich „EU-Ratschläge“. Von der Leyen, frühere „Verteidigungsministerin“ Deutschlands, steht für EU-Aufrüstung. Anschließend reiste er zum deutschen Medienkonzern Springer in Hamburg, in den deutschen und US-amerikanisches Kapital investiert ist. Dort traf Kurz mit Medienchefs, Politspitzen und Vertretern der Hochfinanz zusammen.



Fortsetzung nächste Seite

Wohl nicht rein zufällig, drängt fast gleichzeitig der Ex-Adjutant von Bundespräsident Van der Bellen, Übergangs-Verteidigungsminister General Thomas Starlinger, mit Rückendeckung des „glühenden Europäers“ Van der Bellen, auf eine massive Erhöhung der Militärausgaben. Starlinger droht der Bevölkerung mit der Gefährdung der Sicherheit des Landes und dem Ende des Katastrophenschutzes bei Nichterfüllung seiner Forderung nach mehr Rüstungsmilliarden und Verlängerung des Wehrdienstes auf acht Monate.

Auch drängen die am Gängelband des deutschen Kapitals hängende österreichischen Zulieferkapitalisten (siehe ÖVP-Spendenliste) auf eine Kurz-Regierungs-Fortsetzung – mit oder ohne der FPÖ. So hat ja Kurz schon eine ÖVP-Minderheitsregierung vorgeschlagen. Bundespräsident Van der Bellen wiederum hat nach dem Misstrauensvotum gegen Kurz gleich quasi eine Kurz-ÖVP-Alleinregierung als Übergangsregierung angelobt. Diese wurde dann durch ein Misstrauensvotum vom Parlament aus dem Amt gewählt. Daraufhin wurde von Van der Bellen im Alleingang eine Kurz-ÖVP-FPÖ-nahe Übergangsregierung ohne Kurz eingesetzt.

An der Spitze dieser „Expertenregierung“: Kanzlerin Brigitte Bierlein, die von der schwarz-blauen ÖVP-FPÖ-Schüssel Regierung Anfang der 2000er Jahre in den Verfassungsgerichtshof (VfGH) gehoben worden war. Oder mit Ministern wie Alexander Schallenberg (Äußeres; offiziell parteifrei, aber einer der engsten Vertrauten von Kurz, der während der türkis-blauen Regierungszeit die Stabsstelle Strategie und Planung leitete) oder Andreas Reichhardt (Verkehr; FPÖ, aus dem Hofer-Verkehrsministerium). Reichhardt ist Burschenschafter, mit früheren Überschneidungen mit Küssels rechtsextremer „Volkstreuen außerparlamentarischen Opposition“, VAPO, sowie Teilnehmer an früheren neonazistischen Wehrsportübungen mit Strache („News“, 5.6.2019, „Standard“, 3.6.2019).

Zudem hat der evangelikale „Erwe-

ckungsgottesdienst“ für Kurz in der Wiener Stadthalle gezeigt, dass die USA (ähnlich wie die Evangelikalen als Speerspitze der USA in Brasilien) hier in Österreich ihre Hände im Spiel haben, wenn es darum geht Kurz als „Führer“ in Österreich zu fördern. Auch in Deutschland wird in Industrie, Medienkonzernen und hoher Politik bedauert, dass Kurz nicht mehr Österreichs Kanzler ist und lässt sich Kurz hofieren wie eh und je (siehe oben).

Bekanntlich – aber vielleicht schon wieder vergessen – hat ja Kurz selbst am Tag der Aufkündigung der Koalition mit der FPÖ, auf der Pressekonferenz am 18. Mai 2019 wortwörtlich erklärt, dass es „*einen klaren Wählerauftrag für eine Person geben sollte, die das Land führen möchte*“.

Dazu ist zu bemerken: „*Abgesehen von Bundespräsidentenwahlen und Bürgermeisterdirektwahlen gibt es in der österreichischen Demokratie ... keinen ‚Wählerauftrag für eine Person‘*“ (Tamara Ehs, IG Demokratie, in: „Wienes Zeitung“, 14.6.2019).

Also „führen“, nicht regieren, möchte Kurz als „Person“ – und zwar mit 30 oder 35%. Also einem Drittel der Wähler, oder einem Viertel aller Wahlberechtigten. Alles weit weg von einer alleinigen Mehrheit im Parlament. Die ÖVP hatte keine und bekommt keine absolute Mehrheit! Deshalb lässt die ÖVP über das Hörbiger-Video die SPÖ als die

Republik gefährdend bezeichnen. Und was kommt dann? Der Blog „dieSubstanz“ sieht in dieser von der ÖVP verbreiteten Aussage „*eine außerordentliche Qualität*“ und folgert richtig: „*Fehlt nur noch der Ruf nach einem Verbot*“.

Kurz selbst will und er soll auch Kanzler bleiben, weil ihn sich die Industrie verpflichtet hat – auch das zeigt die **ÖVP-Spendenliste** – egal was Kurz dazu sagt.

Zu diesem Zweck ist Kurz mit dem Segen der Wirtschaft bereit, selbst immer undemokratischer, rechter, un-



sozialer und menschenverachtender zu werden, unser Land sogar den extrem Rechten in Form der FPÖ (mit ihren Kontakten zu noch rechts-extremere Organisationen und Personen) weiterhin – wenn auch vielleicht ohne Kickl – auszuliefern. Und Kurz geht in Deutschland und zuletzt auch in den USA sondieren, wem er Österreichs Wirtschaft und unsere Neutralität ausliefert, um selbst an der Macht zu bleiben.

SPÖ, ÖGB, AK, Caritas, Diakonie, Volkshilfe, Greenpeace oder Global 2000 (um die bekanntesten politischen, gewerkschaftlichen, kirchlichen und zivil-ökologischen Akteure zu nennen) usw. sehen zu wenig, oder sagen es in der Öffentlichkeit zu wenig laut und organisieren nicht dagegen, dass hier von ÖVP und FPÖ ein frontaler Angriff gefahren wird:

Gegen diese Parteien, Vereine und Institutionen selbst, in Wirklichkeit gegen die Demokratie, ein demokratisches, souveränes Österreich, gegen die arbeitenden Menschen und alles was noch sozial, demokratisch, solidarisch in diesem Land ist. Und zwar schon in einer autoritären Art und Weise, die erschreckt, erschrecken muss und zum Handeln zwingt.

Doch besagten Organisationen, in die noch viele Menschen vertrauen haben, scheinen das nicht zu glauben oder nicht wahrhaben zu wollen. Sie hoffen nach wie vor auf die „Vernunft“ der politischen Eliten, auf den Bundespräsidenten VdB, auf die „vernünftigen“ Unternehmer oder auf

die Sozialpartnerschaft“, die aber Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung, ÖVP, NEOS und FPÖ längst aufgekündigt haben. Industrie- und Wirtschaftsvertreter machen mit Kurz gegen ÖGB, AK, SPÖ mobil und diesen nur dann „sozialpartnerschaftlich“ schöne Augen, wenn diese z.B. keine Vermögenssteuer, keine Rücknahme der Auslöschung der Selbstverwaltung der Sozialversicherung der Arbeiter- und Angestellten, keine Rücknahme des 12-Stunden-Tages usw. verlangen.

Ob deshalb dann die Großkapitalisten für eine SPÖ-Regierungsbeteiligung, für echte Zugeständnisse bei Kollektivvertrags-Verhandlungen an ÖGB oder AK sind und die Medien via Message Control entsprechend anhalten – wie sie das jetzt für Kurz tun – für SPÖ, AK oder ÖGB freundlich zu schreiben, ist eine trügerische Hoffnung der ÖGB-, AK- oder SPÖ-Spitzenvertreter.

Für die große Masse der Bevölkerung ist das alles jedenfalls eine gefährliche Situation:



Schon wenn es so bleibt wie es ist. Das ist aber keinesfalls gesagt, denn Kurz will ja laut Wahlplakat den angefangenen Weg fortsetzen. Eine gefährliche Ankündigung, bedeutet dies doch: noch mehr Arbeitsdruck, noch mehr Sozialabbau, noch mehr Entrechtung am Arbeitsplatz und in Gesellschaft, noch mehr Demokratieabbau und Überwachungsstaat.

Dass SPÖ, GRÜNE und JETZT keine Neuauflage von Türkis-Blau wollen, ist klar.

Mittlerweile haben auch ÖVP-ÖAAB-Tirol und AK-Tirol sich gegen eine Neuauflage von ÖVP-FPÖ ausgesprochen.

Ebenso klar ist, dass die NEOS Kurz nicht das Misstrauen ausgesprochen haben und die FPÖ sich täglich anbietet, wieder mit Kurz auf Regierungsposten sitzen zu wollen. Aber auch so manche(r) der jetzt wieder in den Medien hochgejubelten GRÜNEN, kann sich vorstellen mit der ÖVP zu koalieren.

Übergang-Vizekanzler und Justizminister Clemens Jabloner sieht durch die Politik, die Ex-Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) vertreten hat, ganz richtig die Grundrechte bedroht und hält zur türkis-blauen Vorgängerregierung fest: „*In gewissen Teilen brauchen wir keine Reform, sondern eine Reparaturregierung*“. (Kronenzeitung, 1.9.2019).

Allerdings: Reparatur alleine genügt nicht. Es geht um Rücknahme aller unsozialen und undemokratischen Maßnahmen!

Dazu braucht es Widerstand von unten.

Wer berechtigt erschreckt und besorgt ist, soll sich aktiv einschalten, Gleichgesinnte um sich suchen, ansprechen, treffen und gemeinsam – gestützt auf unseren Verstand, auf unser soziales Gewissen und auf unsere solidarische Kraft als Menschen aufbauend – handeln und aktiv werden!

Wir bieten dazu unsere Unterstützung an.

Wer selbst in seinem Umfeld bzw. Umgebung aktiv werden und mitmachen will und Mitarbeit sucht, kann sich gerne bei uns melden:

oesolkom@gmx.at

Schon vergessen?



Hofer: „Sie werden sich wundern, was alles gehen wird“



8-Studentag abgeschafft, Sozialversicherung der Wirtschaft zugeschanzt, Kürzungen bei Arbeitslosen und Mindestsicherung ...



Blümel-Jahresgehalt: 120.162 €



Ibiza-Video: Den Vogel abgeschossen



„Unsere“ Sprache? Nein, die von Polizei, Spitzeldienst und Überwachungsstaat!

Klimakatastrophe

Kapitalismus und seine Kriege sind die größten Klimakiller

In den letzten Jahren wird durch die Wetterkapriolen (Temperaturanstieg, Hitze, Dürre, Wassermangel, Stürme, Starkregen, Hochwässer, Muren, Hangrutsche, Gletscher- und Pol-schmelze, Anstieg des Meeres-spiegels, Klimaflüchtlinge, Hitzetote, Tote durch Unwetter...) auch in Österreich den Menschen immer mehr bewusst, dass der Klimawandel stattfindet, nicht weit weg passiert, zur Klimakatastrophe auch bei uns führt.

Seit rund einem Jahr, beginnend mit den Schülerstreiks gegen die Folgen des Klimawandels (Fridays for Future), gegen die Untätigkeit der Regierenden, gehen weltweit Millionen von Menschen – vor allem Jugendliche (in Österreichs jeweils 30.000 bis 40.000 Menschen) auf die Straße. Sie demonstrieren für ihre/unsere Zukunft und die Zukunft des Überlebens auf unserem Planeten Erde. Ende September findet der 3. Weltklimastreik statt.

Die herrschenden Wirtschafts- und Politeliten, die mit ihrem kapitalistischen Ressourcenverschwendungs- und Wegwerf-Wirtschaftssystem den weltweiten Klimawandel verursachen, müssen darauf reagieren. Unter den Machthabern in Konzernen und Regierungen gibt es etwa drei Fraktionen. Keine nimmt die heraufziehende Klimakatastrophe wirklich ernst, sondern alle versuchen, den völlig berechtigten Aufschrei, die völlig berechtigten Proteste und Schülerstreiks letztlich zu kanalisieren und damit zu bekämpfen und unwirksam zu machen. Doch damit kann man höchstens die Proteste aufschieben, die Klimakatastrophe aber verschärft sich dadurch, weil im Prinzip alles beim Alten bleibt, bestenfalls wieder einmal „grün“ angestrichen oder „klimafreundlich“ beschildert werden soll.

Da gibt es

- die offenen Leugner des Klimawandels á la Trump & Co – auch in Österreich – z.B. die FPÖ

- die Verharmloser und Beruhiger v.a. in den Regierungen
- diejenigen, die die „Klimaanpassung“ predigen, v.a. in Kreisen der Wirtschaft, die sich davon ein neues Geschäftsfeld wie „Bio“, „CO2-neutral“ usw. erhoffen. Sie versuchen in ihrer kapitalistischen Profit- und Wegwerfwirtschaft zu retten was zu retten ist – nämlich die Profitmacherei und NICHT das Klima.



Strohalm der Konzerne

(aus: Wiener Zeitung, 9.7.2019)

Wie?

Indem behauptet wird, dass ein „**Grüner Kapitalismus**“ der **Ausweg wäre** – und eben nur auf Basis von freier Marktkonkurrenz, also nur kapitalistisch möglich sei. Also in Wirklichkeit, weiterhin umweltschädlich Wirtschaften. Als Beispiele werden z.B. genannt: Umstellung auf E-Autos, auf E-Räder, auf E-Bikes, auf noch stromintensivere Digitalisierung, Nutzung der energiefressenden „Blockchain“-Technologie, 5G-Technologie (z.B. für selbstfahrende Fahrzeuge, „smarte“ selbstkommunizierende Wohnungen, Stromzähler usw.)

Nicht vergessen soll dabei werden, dass viele dieser als so neu beworbenen „smarten“ Technologien auch ein riesiges Überwachungsmonopol für Konzerne und Regierungen bedeuten.

Da das alles noch stromfressender und ressourcenraubender ist (Stichwort: seltene Erden) wird deshalb wieder einmal die Atomenergie (schwimmende AKWs für energie-

intensive schwimmende Städte) und die Gentechnik aus dem Giftschrank der Konzern-Propagandisten geholt.

Ergebnis: Alles ein neues super Geschäft mit viel Profitmöglichkeiten für findige „Start-Up“-Kapitalisten, reiche Länder und reiche Investoren. Smart, klug? Ja, klug in den Augen Weniger, katastrophal für die Masse der Menschen und unserer Umwelt.

Eines vor allem soll nicht angetastet werden: die ressourcenfressende, energieraubende, Menschen vernichtende, Produkte verschleudernde kapitalistische Profit- und Wegwerfproduktions- und Konsumgesellschaft.

Will man wirklich etwas ändern, wirklich etwas gegen Klimawandel und Menschen- und Umweltvernichtung wirksam tun, muss genau hier angesetzt werden. Ohne Umstellung der Profitwirtschaft auf eine Solidarwirtschaft wird es keinen Fortschritt für die Menschen geben.

Ursache für Klimakatastrophe und zunehmende Armut in der Welt – immer offener auch bei uns in den „goldenen“ Industrieländern zu sehen – sind der auf Ausbeutung von Natur und Mensch beruhende Kapitalismus, der sich gerne als „freiheitsliebender Neoliberalismus“, der durch Globalisierung „Gleichheit“ für alle bringen würde, tarnt. Besonders in der sogenannten Dritten Welt sieht man ganz deutlich die negativen Auswirkungen dieser neoliberalen „Segnungen“ und bei uns durch den Abbau der Sozialsysteme, Arbeitslosigkeit, Altersarmut usw.

Dieser „neoliberale Ausweg“ erzeugt aber zur Absicherung seiner Profite ständig Umweltzerstörung, Krisen, Wirtschafts- und Handelskonflikte bis letztlich militärische Konflikte und Kriege um Rohstoffe und Einflusszonen. **Krieg als Endpunkt dieser Profitwirtschaft ist der größte Umwelt-, Klima- und Menschenkiller!**

Den „Klimanotstand“ ausrufen! Das fordern manche Klimakämpfer. Doch dass jetzt – nachdem

in den letzten 20 Jahren schon viele Gemeinden in Österreich sich zu „Klimabündnisgemeinden“ erklärt haben ohne dass die CO₂-Emissionen zurück-gingen, ja in Wirklichkeit weiter stiegen und steigen – Gemeinden und Städte sich nun als „Klimanotstands“-Gemeinden outen, ist absolut zu wenig! Das alleine beinhaltet die Gefahr, dass den Menschen, die sich gegen die Klimakatastrophe engagieren wollen, wiederum von den Etablierten in den Büros der produzierenden Konzerne des Handels sowie aus den Politstuben Sand in die Augen gestreut wird – aber keine reale Veränderung zum positiven bewirkt wird.

Auch die **Forderung nach Klimaschutz in der Verfassung und dass alle Gesetze auf „Klimaneutralität“** vor Inkrafttreten zu prüfen seien, greift zu kurz – wie schon jetzt das Gesetz zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zeigt. Trotz UVP werden in Österreich so viele Flächen versiegelt wie in keinem anderen EU-Land. Und ist die UVP für die Wirtschaft einmal ein Hindernis, wird trotz Verbot die 3. Piste am Flughafen Wien-Schwechat doch genehmigt, weil das Urteil des einen Gerichts von einem anderen Gericht ohne Einspruchsmöglichkeit aufgehoben wird. Ähnlich verhält es sich bei der Lobau-Autobahn im Nordosten Wiens, die gegen alle negativen Gutachten trotzdem gebaut werden soll.

Klimademokratie statt „Klimanotstand“.

Auch das Klimavolksbegehren, das jetzt in Gang gesetzt wurde, das die Regierenden nur aufruft, auf allen Ebenen den „Klimanotstand“ (siehe oben) auszurufen, greift zu kurz und wird schon von den Etablierten dazu missbraucht sich im Klimaprotest zu sonnen. So bekennen sich vor den kommenden Nationalratswahlen alle Parteien mehr oder weniger zum „Klimaschutz“, verlangen „Klima-(bei)rat“ oder „Klimakonvent“.

Gleichzeitig wird von der Wirtschaft das Mercosur-Abkommen der EU mit

Brasilien hochgelobt, wo die neue Rechtsregierung gerade im Amazonasgebiet zu Waldbrandlegungen ermutigt.

Die Menschen auch bei uns wollen das alles nicht mehr widerspruchslos hinnehmen! Deshalb verbreiten immer mehr Medien gleichzeitig, als Vorbereiter und Wegbereiter der Interessen der Konzerne in den Köpfen der Menschen, dass es – wollen wir der Klimakatastrophe entgehen – ohne Verzicht, ohne unangenehme Maßnahmen (Klimanotstand?), ohne Atomkraft und Gentechnik nicht gehen wird, wir uns darauf einstellen werden müssen. Die Konzerne werden uns zu verkaufen versuchen, dass alte (Atomkraft, Gentechnik) und neue Profitquellen im Namen von „Klimaschutz“ das kleinere Übel sind. Seien wir also wachsam und weisen das entschieden zurück!



Was gegen die Klimakatastrophe, für den Schutz unseres Lebens und unserer Umwelt notwendig ist, ist dieses Wirtschafts- und Profitsystem radikal zurückzudrängen und letztlich zu beseitigen. Solidar- und Gemeinwirtschaft statt Konkurrenz- und Profitwirtschaft.

Das heißt z.B. mehr E-Bahn statt E-Autos, mehr öffentlicher Verkehr, lokale Produktion statt globalen Transport, Mobilität für die Menschen statt Mobilität für die Konzerne, langlebige Produkte statt Wegwerferzeugnisse, anders bauen und wohnen, neue Raumordnung für Mensch und Umwelt statt für Bodenspekulanten.

Es bedeutet auch

- weniger Arbeiten statt mehr Arbeiten Arbeitszeitverkürzung),

weil langlebige Produkte nicht so viel Arbeit brauchen

- mehr Freiheit für die Menschen, weniger Freiheit für die großen Konzerne
- statt Arbeit die Wertschöpfung der Konzerne und das Vermögen der Reichen besteuern, das sie sich nicht durch eigene Arbeit, sondern durch unsere unterbezahlte Arbeit angehäuft haben

Mit diesem Geld können Klimawandel bekämpft, Umwelt geschützt und unsere Sozialsysteme abgesichert werden. Das schwächt zwar das Profitmachen einiger Weniger, erhöht aber Lebens- und Umweltqualität der Masse der Menschen.

*(aus: Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg“, Nr. 4, September 2019; www.atomgegner.at)*



3. Weltweiter Klimastreik Freitag, 27. September 2019

11:55 Uhr – Start, Sammelpunkte:

Praterstern, Hauptbahnhof, Christian-Broda-Platz (Westbahnhof)

14.00 Uhr – Kundgebung am Karlsplatz

15.30 Uhr – Abschlusskundgebung am Heldenplatz

20.-27. September 2019 / Woche für die Zukunft

Aktionstreffen

**Montag, 7. Oktober 2019 –
19.00 Uhr**

NACH DER WAHL

Wie geht es weiter? Wie können wir handeln?

Stiftgasse 8, 1070 Wien, Amerlinghaus,
Raum 3, Erdgeschoß

Wer mitmachen will, kontaktiert uns bitte unter:
oesolkom@gmx.at

Aktionstag

**Samstag, 26. Oktober 2019
ab 9.00 Uhr**

TAG DER NEUTRALITÄT

Neutralität statt Kriegshetze und
Kriegsteilnahme!

**Flugblattverteilaktion ab 9.00Uhr,
Treffpunkt:**

1010 Wien, Nähe Burgring 6, vor dem
Eingang Volksgarten zum Heldenplatz,
zwischen Radweg und
Fahrbahn/Straße/Ring

Wer mitmachen will, kontaktiert uns bitte unter:
oesolkom@gmx.at

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

**Wir danken für die Zusendungen und Einzahlungen auf die
wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch in Zukunft
angewiesen sind.**

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig,
bestreiten wir unsere Arbeit nur aus den Beiträgen und
Spenden unserer Leser*innen und Aktivist*innen. Wer unsere
Auffassungen teilt, die/den laden wir herzlichst zur aktiven
Mitarbeit ein. **Mit kollegialen Grüßen, ÖSK-Team**

Spenden-Konto

Einzahlungen mit beiliegendem Zahlschein oder per
Überweisung

EmpfängerIn: ÖSK, **Verwendungszweck:** Spende

IBAN: AT85 6000 0101 1022 7626

BIC: BAWAATWW

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der
arbeitenden Menschen, Stiftgasse 8, 1070 Wien, **ZVR 188951949**

DAS LETZTE

Fast 100% mehr für Aufsichtsräte

Der FP-Übergangs-Verkehrsminister Reichhardt setzt fort was FP-Hofer begonnen hat: Die Vergütungen der Aufsichtsräte im Einflussbereich des Ministeriums werden im Schnitt um fast 100% erhöht. Mindestpensionisten bekommen ab 2020 ein mageres Plus von nur 3,6%, der Rest von +1,8%. FPÖ: „Fair. Sozial. Heimattreu?“ Nein: Unfair. Unsozial. Konzerntreu!

Hackerangriff als „beste“ Verteidigung?

Was da genau passiert ist, weiß keiner. Aufklärung wird dauern – bis nach den Wahlen. Auffällig jedenfalls: Immer wenn die Kurz-Türkisen bei „Schummeleien“ erwischt werden – sei es beim Schreddern, sei es bei Parteispenden oder Wahlkampfausgaben, dann wird vorsorglich geschrien: Haltet den Dieb, „Angriff auf die Demokratie“. Beweise dafür, dass die Vorwürfe an die ÖVP nicht stimmen, gibt es von Kurz-Zeit-Kanzler keine. Wer so handelt, gefährdet selbst die Demokratie und verrät so seine wahre Haltung und Absicht.

Eine Krone für Kurz

Im Ibiza-Video hat Strache einer angeblich russischen Oligarchin die Kronenzeitung zum Kauf angeboten. Tatsache ist, dass nicht „die Russen“, sondern der Herr Immobilien-„Entwickler“ und Kurz-Vertraute Benko sich die Krone unter den Nagel reißen will. Mittlerweile wechselte die Krone-„Berichterstattug“ vom Strache- ins Kurz-Lager. Wir lernen, „Unabhängigkeit hat seinen Preis“: Eine Krone.

Schredderliche Erkenntnisse

Bei Regierungswechsel wird immer geschreddert. Ja, aber offiziell, nicht unter falschem Namen. Auffällig: gleich nach Ibiza. Warum hinterfragt Kanzlerin Bierlein das nicht? Und: wieso weiß die untersuchende Behörde, dass kein Zusammenhang besteht? Aus den geschredderten Festplattenfuzzern? Aber geht ja die Öffentlichkeit nichts an, hat ja der ÖVP-Kurz-Mitarbeiter „privat“ bezahlt.

Mit Gesundheit Kasse machen

Die Türkis-Blau Regierung hat 2018 die Gebietskrankenkassen (GKKs) zur „Österr. Gesundheitskasse“ (ÖGK) fusioniert und an die Wirtschaft verkauft. Wie? Indem sie ihr per Gesetz in den Gremien die Stimmenmehrheit über die Verwaltung der Gelder der Arbeiter und Angestellten gab. Damit wurde die Selbstverwaltung zur Fremdverwaltung. Neue Führungsebenen werden geschaffen (z.B. Fachbereichsleiter), die über die alten GKKs und die Bundesländer im Auftrag der ÖGK diktieren können. Ein Postenschacher gleich nach den Wahlen wird befürchtet. Die Beitragsprüfung wandert schon zum Finanzministerium. Die Frage, wie es mit den für die Versicherten so wichtigen GKK-eigenen Ambulatorien in der ÖGK-Struktur weitergeht, ist offen. Schon im Frühjahr 2017, vor Türkis-Blau, hat die Wirtschaftskammer, die jetzt die Mehrheit in der ÖGK hat, deren Privatisierung gefordert. Bis 2024 gehen ein Drittel der ÖGK-Mitarbeiter in Pension? Werden die nachbesetzt? Laut altem türkis-blauen Regierungsplan nicht. Die Wirtschaft will mit der „Gesundheitskasse“ (ÖGK) gesund Kasse machen.